Proletarier aller Län er und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Sondernummer

ralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: Hallgasse 12, 1070 Wien. - Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Verlagspostamt 1070.



Immer mächtiger hat sich die Anti-AKW-Bewegung entwickelt. Bei ihren Propagandaveranstaltungen hat die Regierung eine Schlappe nach der andern erlitten. Auf unserem Bild oben ein Ausschnitt aus der Versammlung in Wien wo der Regierung die Kontrolle entzogen und diese zu einer mächtigen Protestversammlung gegen die Regierungspolitik gemacht wurde.
Unten ein Bild aus der ersten versuchten Propagandaveranstaltung in Wien.
Ganz unten: Anti-AKW-Demonstration in Innsbruck.

Nieder mit dem parlamentarischen Betrug!

Das Volk will kein Atomkraftwerk – dem muß sich die Regierung beugen!

Aufruf des KB Österreichs zu der von der IÖAG beschlossenen Sternfahrt nach Zwentendorf am 12. Juni

Für den 12. Juni hat die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner in ganz Österreich zu einer Sternfahrt nach Zwentendorf aufgerufen. Diese Sternfahrt ist ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung der Forderung nach Nicht-Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf, des gegenwärtigen Hauptziels im Kampf gegen das Atomkraftwerksprogramm der Regierung. Der Kommunistische Bund Österreichs unterstützt diesen gerechten Kampf mit all seinen Kräften und ruft alle seine Freunde und Sympathisanten, alle klassenbewußten Arbeiter und alle Menschen, die nicht tatenlos der skrupellosen Durchsetzung der reaktionären und volksfeindlichen Atomkraftwerkspolitik zusehen wollen, zur Teilnahme an dieser Sternfahrt und am Aufmarsch in Zwentendorf auf.

Daß das Volk keine Atomkraftwerke will, zeigte die rasche Ausdehnung der selbständigen Bewegung gegen das AKW-Programm in ganz Österreich in den letzten Monaten deutlich genug. In zählreichen Städten und Dörfern sind Komitees und Bürgerinitiativen entstanden und entstehen weiter. Die betrügerische „Aufklärungskampagne" der Regierung ist vollkommen gescheitert. Jede einzelne dieser Veranstaltungen wurde zum Forum der entschiedenen Ablehnung der AKW-Politik durch tausende Menschen. Am Aktionstag gegen Atomkraftwerke am 24. März demonstrierten 4.500 Menschen in mehreren Städten gegen die AKW-Politik. In den unmittelbar betroffenen Gebieten entwickelt sich der Widerstand schwungvoll. Über 90 Prozent der Bevölkerung St. Pantaleons, dem Standort des zweiten geplanten Atomkraftwerks, sprachen sich bereits vor Jahren dagegen aus. 96 Prozent der Bevölkerung Allensteigs sagen Nein zur Lagerung des Atommülls vor ihrer Haustür. Und auch in Zwentendorf haben Betrug und massiver Druck das Anwachsen des Widerstandes in der letzten Zeit nicht verhindern können, was den Gemeinderat veranlaßte, sich gegen eine Inbetriebnahme des Atomkraftwerks zu stellen, solange der Atommüll mangels Ausweichstellen auch in Zwentendorf gelagert bliebe.

Die herrschende Klasse und ihre Regierung setzen derzeit alles daran, um angesichts dieser rasch anwachsenden selbständigen Volksbewegung ihr „Recht" durchzusetzen, gegen den Willen des Volkes zugunsten der reaktionären Interessen der Ausbeuterminderheit ihre Entscheidung für ihr AKW-Programm durchzusetzen. Zu nichts anderem dient das gegenwärtige Spektakel von „kritischen" Äußerungen einiger führender Politiker, die die Hoffnungen des Volkes auf das Parlament lenken sollen. In Wahrheit sind die Entscheidungen wie in allen Fragen längst außerhalb des Parlaments gefallen und dient die Komödie im Parlament nur dem Betrug und der Entmündigung des Volkes. Wenn es der Bewegung gegen die Kernkraftwerke bisher schon recht gut gelungen ist, die



Fortsetzung auf Seite 2

Vier Gründe, warum der Staat das Atomprogramm so erbittert verteidigt

Erstens – und das ist auf den ersten Blick das Naheliegendste – hat das Finanzkapital bereits gewaltige Kapitalmassen im AKW-Geschäft angelegt und hat Appetit auf noch mehr.

Dazu müssen für die bereits geschaffenen Produktionskapazitäten Aufträge herangeschafft werden. Auftraggeber, Käufer von AKWs finden sich nur dort, wo die AKWs auch in Betrieb gehen und als Strom-Produktionsmittel in Gang gesetzt werden können. Dazu muß das Interesse vor allem der Industrie vorhanden sein, die den Strom zur Ausdehnung und Intensivierung der Mehrwertauspressung aus der Arbeiterklasse braucht.

Zweitens – Dieses Interesse ist vorhanden, doch ist es an die Bedingung geknüpft, ob der imperialistische Staat einen niedrigen Strompreis garantieren kann.

Ob er das kann, hängt wesentlich davon ab, ob er von den Volksmassen ertappt und gestellt wird, bei seiner Aufgabe, im Interesse des Finanzkapitals einen Großteil der Kosten der Atomstromproduktion direkt und indirekt aufs Volk abzuwälzen, indem er z.B. aus Steuermitteln die gewaltigen Kosten der Atommüllagerung trägt oder an die Stromabnehmer aus dem Volk den Strom zu erhöhten Tarifen verkauft.

Weiters hängt es davon ab, ob das Volk die Gefahren der AKWs, wie sie heute gebaut werden, erkennt und den kämpfenden Volksmassen Konzessionen in Form von vermehrten und teuren Sicherheitsvorkehrungen gemacht werden müssen.

Schließlich läßt sich schwer absehen, wie sich das Preisdiktat der beiden Supermächte bei der Uranlieferung entwickeln wird und welche politischen Konzessionen des Staates gemacht werden können, um zu Lieferungen und zu billigen Lieferpreisen zu kommen.

Vor allem die beiden ersten Bedingungen für eine Staatsgarantie für niedrige Atomstrompreise sind heute mehr und mehr in Frage gestellt durch die wachsende Bewußtheit und Kampfentschlossenheit immer breiterer Teile des Volks in den europäischen Ländern und auch in Österreich. Schon regen sich mehr und mehr Zweifel in den Kreisen der Bourgeoisie, ob der Traum vom billigen Atomstrom auch in Erfüllung gehen werde. Doch das in der Produktion von AKWs angelegte Kapital will sich verwerten. So überzeugend die beiden ersten Gründe allein schon für jede bürgerliche Regierung wären, so wenig sind sie für sich genommen schon entscheidend für die Erklärung der heutigen erbitterten Verteidigung der AKW-Programme. Dazu muß auch die internationale Lage ins Kalkül gezogen werden.

Drittens – Die AKW sind Defensivmaßnahmen gegen den Vormarsch der Dritten Welt.

Der sogenannte „Erdölschock" hat die politische Krise des Imperialismus offengelegt und verschärft, wie kaum zuvor. Die Völker und Länder der Dritten Welt wollen nicht länger ihre Ausplünderung und Unterdrückung durch den Imperialismus und vor allem die beiden Supermächte hinnehmen. Das haben die erdölproduzierenden Länder in einer Aktion von historischer Bedeutung mit Nachdruck zum Ausdruck gebracht, als sie ihr Erdöl als politische Waffe gegen den Imperialismus einsetzten.

Mit diesem weiteren Schritt gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus der beiden Supermächte hat die Dritte Welt verschiedene Abwehrmaßnahmen des Imperialismus hervorgerufen. Eine dieser Abwehrmaßnahmen war die Bildung des Räuber- und Erpresserkartells verschiedener imperialistischer Staaten unter der Oberhoheit der US-Supermacht, die Internationale Energieagentur (IEA). Der IEA ist auch Österreich beigetreten. Sie will die Waffe der Dritten Welt stumpf und unwirksam machen durch Anlage von Öl-Reserven, gegenseitigen Lieferverpflichtungen usw. – und auch durch eine verstärkte Forcierung des AKW-Baus, um den Schlägen der Dritten Welt gegebenenfalls auf andere Energiequellen ausweichen zu können. Als Bestandteil dieser Energiepolitik sind die AKWs nicht nur für die direkt beteiligten Kreise des Finanzkapitals von größter Bedeutung.

Viertens – Die AKW sind Bestandteil der Kriegsvorbereitungen. Der vierte, aber durchaus nicht unbedeutendste Grund für das erbitterte Festhalten der Bourgeoisie an ihrem AKW-Programm ist schließlich der, daß es im Rahmen der gesamten imperialistischen Energiepolitik Bestandteil der Kriegsvorbereitungen ist. Das Ringen der UdSSR und der USA um die Weltherrschaft drängt mehr und mehr auf eine kriegerische Entscheidung hin. Vor allem die sozialimperialistische Sowjetunion setzt auf die Karte des Krieges und bereitet sich fieberhaft darauf vor. Ob sie es will oder nicht, alle Bourgeois der westlichen und östlichen Welt sind in diese Entwicklung hineingezogen und bereiten sich auf ihre Art auf den Krieg vor. Die Energieversorgung ist für den Kriegsfall fast noch entscheidender als im Frieden.

Vier gute Gründe für die Bourgeoisie, ihr Atomkraftwerksprogramm zu verteidigen, vier gute Gründe mehr für die Arbeiterklasse und das Volk in allen Ländern, auch hier in Österreich noch entschlossener dagegen zu kämpfen.

(Auszüge aus dem Artikel „Kräfte für eine Offensive gegen die imperialistische AKW-Politik sammeln!" aus Klassenkampf 4/77)





Atomkraftwerke in der Hand der Kapitalistenklasse

Weitere Zerstörung der Umwelt- und Lebensbedingungen des Volks, weiteres Mittel zur gesteigerten Ausbeutung der Arbeiterklasse

„Undichte Schweißnaht (5.3.76), Undichtheit im Rohrbündel (26.6.76), Riß einer Anschlußschweißnaht (April 76) – dabei entweichen zehn Kubikmeter radioaktives Kühlwasser". Das sind Beispiele von Gebrechen deutscher Atomkraftwerke aus dem Jahre 1976. Und in Zwentendorf? Am 22. Mai schreibt die „Kronenzeitung": „... ergab eine Überprüfung des Reaktorotkühlsystems, daß mehr als die Hälfte aller Lötstellen und Schweißnähte nicht in Ordnung ist ...."

Was ist daraus zu folgern? Sind die Atomkraftwerke ein Teufelswerk, deren Gebrechen immer und überall unvermeidbar sind? Nein, so ist es nicht. Jeder Arbeiter, der sich mit Schweißen beschäftigt hat, weiß: Ein ausgebildeter Schweißer kann bei guter Konzentration einwandfreie Schweißnähte produzieren. Die Methoden, eine Schweißnaht zu überprüfen, sind mannigfaltig und äußerst empfindlich. Von der Entwicklung der Produktivkräfte, von den Möglichkeiten der Technik her, gibt es deshalb keinen Grund für undichte Schweißnähte.

Bei den AKW gibt es weiters eine Reihe von Problemen, die auch technisch nicht gelöst sind: so das Problem, daß gewisse radioaktive Abfälle (vor allem gasförmige) entweichen, so das Problem, wo überhaupt die Abfälle gelagert werden sollen. Aber auch daraus folgt keineswegs, daß die Kernenergie nicht meisterbar ist.

Der Grund, weshalb die vorhandenen Produktivkräfte nicht beherrscht werden, der Grund, weshalb die Produzenten Probleme, wie z.B. die Atommüllagerung, die aus der Anwendung einer neuen Energieart (der Kernenergie) erwachsen, nicht systematisch und planmäßig gelöst werden können, liegt nicht in der Unbeherrschbarkeit dieser Kräfte, sondern darin, daß die Produktionsmittel im Eigentum der Bourgeoisie sind. Solange die Kapitalistenklasse das Kommando hat, wird die Produktion ausschließlich vom Profitinteresse bestimmt. Der Profit soll möglichst hoch sein, das ist das einzige Ziel.

Diese Produktionsweise aber legt die Produktivkräfte in Ketten: Akkordhetze, Antreiberei sind notwendig, um den Profit zu steigern, und sie bringen notwendig Fehler und Gebrechen in den Produkten mit sich.

Eine abenteuerliche Spekulation damit, daß sich im Laufe der Zeit die völlig ungelösten Probleme der Nutzung der Kernenergie, wie z.B. die Abfallagerung, schon lösen lassen werden, ergibt sich notwendig daraus, daß die AKW-Kapitalisten Höchstprofite beim Bau von AKWn machen wollen und daß sich die gesamte Kapitalistenklasse billigen Strom von AKWn verspricht.

Hat die Arbeiterklasse die Macht, können unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten gelöst werden, können auch Kernkraftwerke zu einem mächtigen Instrument der Bewältigung der Natur werden. Die Arbeiterklasse wird sie bauen, um die daraus gewonnene Energie zum gemeinsamen Nutzen der Arbeiter und Bauern einzusetzen, um die Arbeit leichter und produktiver zu machen. Der Mensch wird hier, wie in jeder Frage, an erster Stelle stehen. Die Volksmassen selber werden entscheiden, ob die Kernenergie schon verwendet werden kann, oder ob noch unkontrollierbare Risken bestehen. Solange aber die Kapitalistenklasse an der Macht ist, wird jede technische Neuerung, jede Form der Energiegewinnung nur vorangetrieben unter gleichzeitiger Zerstörung der Natur und des Menschen. Das ist nicht etwas, was nur bei den Atomkraftwerken auftritt. Das zeigt sich bei jeder Einführung einer neuen Maschine, einer neuen Technologie, die regelmäßig einhergeht mit gesteigertem Arbeitstempo, einhergeht damit, daß der Produzent dieser Errungenschaft, der Arbeiter, immer mehr zum Anhängsel der Maschine wird; die einhergeht mit der beschleunigten Vernutzung des Menschen durch die Kapitalisten, wie die fallende Lebenserwartung der arbeitenden Menschen in Österreich beweist.

Worum geht es beim Sternmarsch am 12. Juni

Die Regierungsklausur in Schloß Herrnstein (NÖ) hat wieder klar gezeigt: Für die Regierung ist die Inbetriebnahme von Zwentendorf, ebenso wie der Bau von weiteren Atomkraftwerken eine beschlossene Sache, auch wenn noch kein formeller Beschluß existiert.

Die sogenannte Debatte unter führenden Politikern mit einigen „ablehnenden" Äußerungen hat einen einzigen Zweck: Die Regierung möchte gegenüber der Bewegung der AKW-Gegner wieder die Initiative an sich ziehen und gleichzeitig in den Leuten die Hoffnung auf „Einsicht" unter den Politikern erwecken.

Tatsächlich hat die Kapitalistenklasse schon längst beschlossen, daß Zwentendorf gebaut werden muß, daß man „ohne Atomenergie nicht auskommen kann".

Hat die Regierung vorerst versucht, mit einer „Aufklärungskampagne" den Widerstand gegen das AKW-Programm einzudämmen (die AKW-Gegner sollten mit Fachleuten debattieren, während die Regierung, die AKW zügig weiterbaut), sieht die Situation heute schon anders aus:

Die Bewegung hat sich nicht auf die Veranstaltungen festnageln lassen. Sie hat ihren Blick auf Zwentendorf und auf die anderen tatsächlichen Aktivitäten – wie z.B. im Waldviertel – gerichtet. Sie hat erkannt, daß die schönste Niederlage der Regierung in der Debatte keinen einzigen Ziegel am Atomkraftwerk wegbringt.

Sie hat erkannt, daß es, um die eigenen Interessen durchzusetzen, nichts nützt, auf die Kraft der Argumente gegenüber den Regierungspolitikern zu vertrauen. Dazu ist es notwendig, sich selbständig zu organisieren, Kräfte zu sammeln, um schließlich gestützt auf die eigene Kraft die Regierung politisch zu zwingen, Zwentendorf nicht in Betrieb gehen zu lassen.

Zur ersten Sammlung der Kräfte wurde der Aktionstag am 24.3., an dem 4.500 Menschen in ganz Österreich gegen die AKW-Politik der Regierung demonstrierten, durchgeführt.

Gegenüber dieser Entwicklung ist die Regierung in Zugzwang gekommen. Ihr kann es nicht mehr darum gehen, zu handeln, während die anderen reden. Sie muß dem Volk, das immer offener auf der Seite der AKW-Gegner Stellung bezieht, jedes Recht absprechen, über die Frage des AKW-Baus zu entscheiden. Dazu die Debatten, dazu die mögliche Vorverlegung der Parlamentsdebatte vor die Sommerpause.

Auf nach Zwentendorf!

Der Zweck des Aufmarsches in Zwentendorf ist, am Ort des Geschehens den Willen und die Entschlossenheit zu demonstrieren, Zwentendorf nicht in Betrieb gehen zu lassen und selber über dieses Atomkraftwerk zu entscheiden.

Von nun an muß jeder Politiker, ob in der Gemeinde oder im Parlament, darüber zur Rechenschaft gezogen werden: Wie stehst du zu unseren Forderungen? Diesen Herren muß jegliches Recht abgesprochen werden, selber nach ihrem käuflichen „Gewissen" über diese Frage zu entscheiden.

Eine weitere Aufgabe des Aufmarsches besteht darin, der Bevölkerung des Tullnerfeldes, die seit Jahren unter einem Trommelfeuer von Propaganda und von Pressionen der Politiker aller bürgerlichen Parteien steht, den Rücken zu stärken und sie vermehrt in die Bewegung hineinzuziehen.

Die weiteren Aufgaben

Zur Verhinderung, daß Zwentendorf in Betrieb geht, kann der 12. Juni einen äußerst großen Beitrag leisten: Von einer besseren Basis aus können alle Manöver der bürgerlichen Parteien und der Regierung durchkreuzt werden.

Eine Konferenz der IÖAG, die nach dem Sternmarsch stattfindet, soll einheitliche Festlegungen treffen. Die Aufgaben die bevorstehen sind gezielte Massenaktionen anläßlich der vor dem Sommer oder im Herbst geplanten Parlamentsdebatte. Wir müssen es den Herrn Abgeordneten so schwer als möglich machen, ihr betrügerisches Spiel zu spielen.

Eine weitere Aufgabe ist die Errichtung einer Kampffront im Waldviertel. Knapp zwei Wochen nach der Sternfahrt ist ein erstes großes Auftreten gegen die Lagerung des Atommülls im Waldviertel geplant. Die Bedingungen sind ausgezeichnet. Die Empörung ist groß. Die Möglichkeiten, die Bohrarbeiten zu behindern oder gar zu verhindern günstig.

Wenn die Bewegung auf die eigenen Kräfte gestützt Schwerpunkte dieser Art setzt, die Widersprüche im Lager des Gegners ausnützt, dann kann die Inbetriebnahme von Zwentendorf verhindert, das AKW-Programm der Regierung und der Kapitalistenklasse zu Fall gebracht werden.

Fortsetzung von Seite 1

Das Volk will kein Atomkraftwerk ....

Durchsetzung des beschlossenen AKW-Programms zu behindern, die Widersprüche im Lager des Gegners zu nutzen und die Regierung in ernste Bedrängnis zu bringen, so nur auf Grund der Kraft der selbständigen Bewegung. Auch zu Fall bringen kann sie das AKW-Programm nur im Vertrauen auf die eigene Kraft – nicht im Vertrauen auf das käufliche Gewissen von parlamentarischen „Volksvertretern", denen die bürgerliche Demokratie das „Recht" gibt, gegen die Interessen des Volkes zu entscheiden und dem Volk das Recht abspricht, sie dafür zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Skrupellosigkeit und Menschenverachtung der herrschenden Klasse kennt keine Grenzen, wenn sie Extraprofite riecht und ihre Basis für ihre imperialistische Expansions- und Aggressionspolitik auszubauen hofft. Obwohl sie weit davon entfernt ist, die Atomenergiegewinnung bis zur Atommüllagerung und Entsorgung der ausgebauten Atomkraftwerke zu beherrschen, scheut sie keine Minute davor zurück, diesen Prozeß in Gang zu setzen und damit Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft größten Gefahren auszusetzen. Das „Restrisiko" rechnet sie in ihren Prognosen in der Zahl der möglichen Toten auf gegen den Profit, den sie an sich zu raffen hofft. Das ist die Art von „technischem Fortschritt", den die Bourgeoisie auf ihrer Jagd nach Extraprofiten zustandebringt und an dessen Propagierung in der Arbeiterklasse sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen und die KPÖ-Revisionisten derzeit mit Eifer machen. Zeigt sich darin nicht deutlich genug, daß die herrschende Produktionsweise, daß das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Unterordnung der Gesellschaft unter die Schmarotzerminderheit der Kapitalistenklasse und ihre Profitinteressen überreif zur Beseitigung und zur revolutionären Ablösung durch eine Gesellschaftsordnung sind, die die Produktionsmittel ins gesellschaftliche Eigentum nimmt, die Ausbeutung beseitigt und die Entwicklung der Produktivkräfte in den Dienst des Volkes stellt?

Um dem Finanzkapital Extraprofite zu sichern, dem Kampf der Dritten Welt gegen die Plünderung ihrer Naturreichtümer im Bündnis mit den anderen Imperialisten ihr imperialistisches Energieprogramm entgegenzusetzen und sich im Gefolge des US-Imperialismus und der westlichen Imperialisten an den Vorbereitungen auf den drohenden Krieg der beiden Supermächte um die Weltherrschaft vorzubereiten, ist die österreichische Bourgeoisie entschlossen, mit ihrem AKW-Programm auch über Leichen zu gehen. Der entschlossene selbständige Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes dagegen ist notwendig und gerecht. In Zwentendorf gilt es, klar zum Ausdruck zu bringen, daß die Arbeiterklasse und das Volk den Parlamentariern und der Regierung entschieden das „Recht" absprechen, das reaktionäre AKW-Programm gegen ihren Willen und gegen ihre Interessen durchzusetzen. Es gilt, der Bevölkerung im Tullnerfeld und in allen anderen unmittelbar betroffenen Gebieten den Rücken gegen den Druck zu stärken, dem sie ausgesetzt sind. Es gilt, Bewußtheit und Entschlossenheit der ganzen Bewegung zu stärken.

Über Sieg oder Niederlage in dieser Auseinandersetzung entscheiden wird kein Geschwätz und keine „Abstimmung" im Parlament, sondern die Fortführung des selbständigen Kampfs, das geschlossene Eintreten der Arbeiterklasse und des Volkes für die gemeinsamen Forderungen:

*Keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf: Kein Nullast-, Teillast-, Probe- oder Vollbetrieb!
*Kein Atomkraftwerk in St. Pantaleon, Bogenhofen oder anderswo in Österreich!
*Kein Atomkraftwerk an Österreichs Grenzen!
*Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Tirol oder anderswo in Österreich!

Darüber hinaus ruft der KB Österreichs für den 12. Juni unter den Losungen auf:
*Nieder mit dem parlamentarischen Betrug! Das Volk will kein Atomkraftwerk – dem muß sich die Regierung beugen!
*Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter – wer gegen das Volk entscheidet, muß weg!
* Technischer Fortschritt im Kapitalismus: Steigerung der Ausbeutung, Zerstörung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse und des Volkes
*Kampf der imperialistischen Energiepolitik – Unterstützung des Kampfs der Dritten Welt gegen die Plünderung ihrer Naturreichtümer, Kampf der Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte!
*Gegen die wachsende Abhängigkeit Österreichs von den beiden Supermächten durch deren Uranlieferung und -aufbereitung!
*Sofortiger Austritt Österreichs aus der Internationalen Energieagentur!
*Vorwärts im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!
Vorwärts im Kampf um den Sieg des Sozialismus!